



lebensministerium.at



Otto Hofer
Lebensministerium

Philipp Gmeiner,
Bundesanstalt für Bergbauernfragen
Wien, Dezember 2013

Zahlungsansprüche blieben größtenteils in der Region

Betriebsprämie – Die Übertragung von Zahlungsansprüchen beschränkte sich in den letzten Jahren weit überwiegend auf Hofübergaben. Nur ein Viertel wechselte den Betrieb.

Beständigkeit am Ort“ – das ist auch für die Zahlungsansprüche der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich ein charakteristisches Merkmal. Im Durchschnitt der letzten sechs Jahre wechselten jährlich Zahlungsansprüche mit einem Wert von rund 46 Mio. Euro den Besitzer. Der Großteil der Übertragungen (75 Prozent) erfolgte aber im Zuge der normalen Betriebsübergabe. Nur Zahlungsansprüche im Wert von rund 11,5 Mio. Euro wurden bisher jährlich zwischen den Betrieben tatsächlich gehandelt.

Mit der Agrarreform 2003, auch „Fischler-Reform“ genannt, wurden alle produktionsbezogenen Maßnahmen in sogenannte Zahlungsansprüche (ZA) umgewandelt. Jedem Landwirt sind die Zahlungsansprüche aufgrund seiner historischen Direktzahlungen in den Jahren 2000 bis 2002 zugeteilt worden. Die daraus resultierende Zahlung ist die sogenannte „Einheitliche Betriebsprämie“ (EBP). Sie errechnet sich für jeden Betrieb aus der Anzahl der Zahlungsansprüche, die im Antragsjahr mithilfe der beihilfefähigen Fläche genutzt werden können. Eine wesentliche Neuheit bei dieser Reform war, dass die ZA nach bestimmten Regeln zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben gehandelt werden können.

Übertragungen zu 75 % durch Hofübergabe

Eine Auswertung der Zahlungsansprüche, die in den letzten sechs Jahren zwischen den Betrieben übertragen wurden, zeigt für Österreich folgendes Ergebnis: Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2013 wurden jährlich ZA im Wert von rund 46 Mio. Euro zwischen den Betrieben übertragen. Davon entfiel der überwiegende Teil (75 Prozent) auf sogenannte „unechte“ Übertragungen – das sind Übertragungen, die im Zuge der Hofübergabe durchgeführt werden. Dies waren von 2008 bis 2013 im Jahresschnitt rund 120.000 ZA mit einem Wert von rund 34,5 Mio. Euro.

Die „echten“ Übertragungen, also jene ZA, die zwischen den Betrieben mit oder ohne die dazugehörige Fläche gehandelt wurden, betragen im Durchschnitt der letzten sechs Jahre jährlich 35.000 ZA mit einem Wert von rund 11,5 Mio. Euro.

Handel vorwiegend in Ackerbauregionen

In Summe wurden in den Jahren 2008 bis 2013 rund 211.000 ZA mit einem Wert von 69,5 Mio. Euro gehandelt.

Der durchschnittliche Betrag bei den gehandelten Zahlungsansprüchen machte 328 Euro aus, jener bei den unechten Übertragungen (Betriebsübergabe) lag bei 286 Euro. Dies lässt den Rückschluss zu, dass vorwiegend ZA mit Ackerflächen gehandelt wurden, was auch durch die Grafik belegt wird. Die Grafik zeigt die Wechselbeziehungen der Übertragungen im Jahr 2013 über eine Entfernung von mehr als 15 km. Es zeigt sich deutlich, dass der Großteil der Übertragungen in den Ackerbaugebieten Österreichs durchgeführt wurde, während in den Grünlandgebieten relativ wenige Übertragungen stattgefunden haben.

Übertragungen überwiegend im Ackerbau

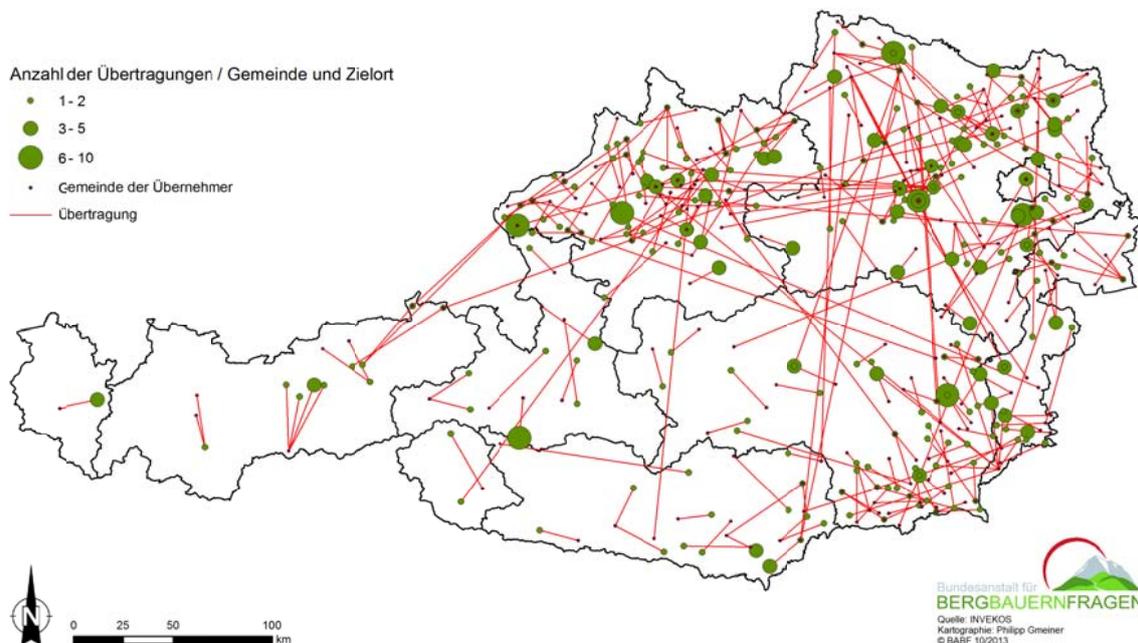


Abb.: Echte Übertragungen von ZA über eine Entfernung von mehr als 15 km (2013).

Grafik: Gmeiner

Insgesamt haben im Zeitraum 2008 bis 2013 in Summe 26.688 landwirtschaftliche Betriebe Zahlungsansprüche übertragen und 23.861 Betriebe diese übernommen. Die meisten „echten Übertragungen“ gab es in den Bundesländern mit einem hohen Ackerflächenanteil.

Zahlungsansprüche bleiben in der Region

Nur 4700 ZA (im Wert von 1,5 Mio. Euro) wurden im Betrachtungszeitraum über Bundeslandgrenzen hinweg gehandelt. Das sind gerade einmal zwei Prozent aller gehandelten ZA. Nimmt man dieselbe Betrachtung nach Bezirksgrenzen vor, so haben elf Prozent der ZA den Bezirk gewechselt. Über Gemeindegrenzen hinweg wurden 38 Prozent

der ZA mit einem Volumen von 26 Mio. Euro übertragen. Dies lässt den Umkehrschluss zu, dass mehr als 60 Prozent der ZA innerhalb der Gemeinde gehandelt wurden.

Die geringe Mobilität bei der Übertragung von Zahlungsansprüchen hat verschiedene Ursachen:

- Der überwiegende Teil der Übertragungen erfolgt mit der dazugehörigen Fläche, und Flächen sind bekanntlich nicht mobil. Dies schränkt den potenziellen Käuferkreis massiv ein. Denn nur mit der Fläche kann der übernehmende Betrieb die Zahlungsansprüche auch nützen.
- Es gibt nur wenige Betriebe in Österreich, die Flächen ohne Zahlungsansprüche besitzen und damit die Möglichkeit zum Zukauf auch ohne Fläche haben.
- Weiters ist auch die Information über Betriebe, die Zahlungsansprüche verkaufen, nicht ausreichend gegeben. Es gibt bis dato keine österreichweite Plattform, in der diese Informationen zusammenfließen.

Im Jahr 2012 waren in Österreich rund 2,1 Mio. Zahlungsansprüche an rund 110.000 Betriebe zugeteilt. Davon wurden rund 35.000 Zahlungsansprüche zwischen den Betrieben gehandelt. Das sind lediglich 1,7 Prozent aller zugeteilten Zahlungsansprüche.